

Initiative Berliner Bankenskandal

www.berliner-bankenskandal.de

Mail: buero@berliner-bankenskandal.de

Büro der Initiative Berliner Bankenskandal

Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Bürozeiten: Di. 12 – 14, Mi 10 – 12, Do. 14 – 16, Tel.: 86312160

Koordinationsgruppe: Peter Grottian: Tel.: 838-54961/0171-8313314, z.Z.: 0043-5573823

Arbeitsgruppe Volksbegehren: Christine Daute, Tel.: 2176042, Elenko Rantschew, Tel.: 2

Hans-Jürgen Lindemann, Tel.: 9318977, volksbegehren@berliner-bankenskandal.de

Spendenkonto: Birger Scholz, Postbank Berlin BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 576217-104



Presseerklärung: Bedauern, daß ver.di das Volksbegehren gegen den Berliner Bankenskandal nicht mittragen kann – aber die Gewerkschaftsbasis wird es nicht verstehen!

Sperrfrist: Sonntag, 10. August 2003, 10.00 Uhr

Die Initiative Berliner Bankenskandal bedauert, daß die bisher partiell gute Kooperation mit ver.di von ver.di jetzt wegen des von der Initiative begonnenen Volksbegehrens aufgekündigt worden ist. In Zukunft darf die Initiative nicht mehr verbreiten, daß sie von ver.di unterstützt wird, der Büroraum der Initiative bei ver.di muß geräumt werden und ver.di lehnt das Volksbegehren entschieden als eine grundsätzlich falsche Strategie ab, weil dadurch angeblich weitere Tausende Arbeitsplätze und die vereinbarte Risikoabschirmung gefährdet sein können. Die Arbeitnehmervertretungen im Konzern Bankgesellschaft haben am 23. Juli „mit großer Empörung“ das Volksbegehren zur Kenntnis genommen und wollen darauf hinwirken, daß dieses Volksbegehren nicht unterstützt wird. Zu der Argumentation nimmt die Initiative Berliner Bankenskandal wie folgt Stellung:

1. Horrorszenarien sollten dafür reserviert sein, wo sie hingehören: zum Berliner Bankenskandal und seinen korrupten und verantwortungslosen Konstruktionen, die nach wie vor nicht nachhaltig bearbeitet werden – und in denen die Vertreter der Arbeitnehmer hochnotpeinlich und mit bedrückender personeller Kontinuität verwickelt sind (Tesch, Tondorf).
2. Die Initiative will diesen Konflikt nicht grundsätzlich hochspielen. Das Verhalten von ver.di zeigt indessen, daß ver.di mit der Einäugigkeit für den verständlichen Schutz der Arbeitnehmer, die Gesamtdimension des Skandals immer noch nicht begriffen und aufgearbeitet hat, geschweige wirklich konstruktive Lösungen entwickeln konnte, wie mit dem Bankenskandal besser umzugehen ist: Wie die Milliarden-Belastung für das Land Berlin gemindert werden soll, die bisher im schlechtesten Fall auf 21,6 Mrd. EU und im besten Fall auf zur Zeit zusätzliche 3 – 6 Mrd. EU beläuft, bleibt unbeantwortet. Auch ver.di bringt neben dem nebulösen Geschäftsbericht der Bankgesellschaft nichts Erhellendes, was die Transparenz des Bankenskandals verbessern könnte und über den wahren Zustand der Bankgesellschaft aufklärt. Ver.di hat als Adressaten primär das Wohl der Beschäftigten und die Überlebensstrategie der Bankgesellschaft im Auge – das Land und seine Bürgerinnen und Bürger sind zweitrangig. Bisher ist kein Konzept des Konzernausschusses der Arbeitnehmervertreter bekannt geworden, das die fest abzubauenen 4.000 Arbeitsplätze i.S. der Interessen der Arbeitnehmer anders reguliert als der Vorstand der Bankgesellschaft vorgeschlagen hat; bisher hört man kein

Bedauern des Konzernausschusses, wieviele Arbeitsplätze durch den Bankenskandal in der Form von Haushaltskürzungen in den Sozial-, Bildungs-, Jugend- und Kultureinrichtungen verloren gegangen sind. Um nicht mißverstanden zu werden: Auch die Initiative Berliner Bankenskandal will möglichst viele Arbeitsplätze erhalten – aber nicht um den Preis, daß die Bürger Berlins über Jahrzehnte für den Bankenskandal „bluten“ müssen und das Gemeinwesen mit der allgemeinen Verschuldungsdynamik schlicht vor die Hunde geht. Wer gegen Sozialkürzungen streitet, kann beim Bankenskandal nicht schweigen.

3. Das Schweigen der Gewerkschaft zeigt ihre Verstricktheit in das Bankendesaster und die Initiative ist sich weitgehend sicher, daß sie mit ihrer Option des Volksbegehrens bei der Mehrheit der ver.di-Basis glatt mehrheitsfähig ist. Ver.di und IG Metall stehen möglicherweise vor einem schmerzlichen Lernprozeß: daß Gewerkschaftsmitglieder der Basis das Volksbegehren mehr unterstützen als der Gewerkschaftsspitze lieb sein kann: Deshalb das Horrorszenario, das die Initiative an den Pranger für das Bemühen stellen will, einen neuen Aushandlungsprozeß über die Risikoabschirmungsgesetze und die Konstruktion der Bankgesellschaft anzumahnen. Wenn die jüngsten Zeitungsmeldungen (Berliner Zeitung vom 31.07.03) zutreffen, daß der fortschreitende Sanierungsprozeß der Bankgesellschaft weniger Landeshilfe als bisher geplant erfordere, liegt es auf der flachen Hand, das Risikoabschirmungsgesetz neu zu verhandeln – aber dann bitte auch etwas grundsätzlicher als die symbolische Reduktion der jährlichen Landeshilfe um 25 Mio. EU. Sterile Aufgeregtheit einer Arbeitnehmervvertretung ist wenig hilfreich – sie zeigt nur das berechtigt schlechte Gewissen über die eigene Rolle und die Angst davor, daß ein Volksbegehren von den Gewerkschaftsmitgliedern der Basis unterstützt wird. Ver.di hätte das Volksbegehren mitnichten bejubeln müssen, es so zu verdammen, wird sich als fataler Fehler derjenigen erweisen, die offenkundig mehr ihre Positionen, als die Positionen ihrer Mitglieder und der Öffentlichkeit im Auge haben. Ein Balken im Auge macht den Anfang eines Lernprozesses schwer. Die Initiative Berliner Bankenskandal wird große Anstrengungen unternehmen, gerade die Gewerkschaftsbasis zu überzeugen und den Konfliktstreit ver.di öffentlich fair auszutragen. Starke, aber auch lernfähige Gewerkschaften sind wichtiger denn je.

Peter Grottian/Hans-Jürgen Lindemann